

Volksinitiative »Sofort zurück zur Demokratie«

Wir brauchen eine

Einheitsfront!

um die Aufhebung der »epidemischen Lage von nationaler Tragweite« zu erzwingen!

Es steht nun vermutlich die größte Demonstration der Geschichte Deutschlands bevor, organisiert von hunderten von Gruppen aus ganz Deutschland, die die Rückkehr zur Demokratie und zum Grundgesetz fordern. Wir freiheitsliebenden Bürger aus der Mitte der Gesellschaft haben das zusammen mit Ärzten, Experten, Wissenschaftlern, Unternehmern und Bürgern geschafft, oft weil wir es – wie in Mecklenburg-Vorpommern – geschafft haben radikale Gruppen von uns fernzuhalten. Dabei sind natürlich alle politischen Richtungen, die in Deutschland und Europa existieren, die bereit sind für Ihre Freiheit und ihre Grundrechte einzutreten. Wer zu diesen, unseren Zielen steht, kann und soll natürlich mitlaufen und mitmachen können, denn die Lage ist sehr ernst und wir brauchen jeden, der die Minimalforderungen

- sofortige Aufhebung der »epidemischen Lage von nationaler Tragweite« durch den Bundestag und damit
- sofortige Wiederherstellung aller Grundrechte gemäß Grundgesetz und
- sofortige Aufhebung aller sonstigen Corona-Maßnahmen
- uneingeschränktes Zurück zur alten Normalität
- Bestrafung der Verantwortlichen
- Entschädigung aller schwer geschädigten und von der Insolvenz bedrohten Betriebe nach dem Prinzip: »Bürger retten statt Konzerne«
- Angst- und gewaltfreie Diskussion aller Meinungen
- kein Impfbzwang und keine mit Impfungen verbundenen negativen oder positiven Sanktionen

unterstützt. Der gemeinsame Kampf für diese Forderungen muss unter allen Umständen **gewaltfrei** bleiben, denn die Gegenseite wartet nur darauf, einen Vorwand zu finden, um uns zu diskreditieren. Isoliert Provokateure!

Keinesfalls müssen wir jetzt einen Konsens darüber finden, welche zukünftige Gesellschaftsform oder Verfassung wünschenswerter wäre, als unser (noch) bestehendes Grundgesetz. Wir müssen dafür kämpfen dieses Grundgesetz wieder in Kraft zu setzen. Das Grundgesetz lebt – wie alle Freiheitsrechte – nicht von einem vielleicht gerecht urteilenden Bundesverfassungsgericht, sondern muss von einer Mehrheit der Bevölkerung eingefordert werden.

Die Unterstützung eines völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien durch eine gewählte Regierung bildete den Gipfel der Verfassungsbrüche in der BRD-Vergangenheit. Dagegen hat sich keine Volksbewegung erhoben. Die Quittung für unseren fehlenden Widerstand bekommen wir heute – berechtigterweise (?) – in Form der Corona-Diktatur präsentiert. Insofern kämpfen wir natürlich für eine andere Demokratie, als die der Prä-Corona-Diktatur. Die uneingeschränkte Meinungsfreiheit mit einer funktionierenden freien Presse- und Medienlandschaft und einer angstfreien und unbehinderten Diskussion ist die Voraussetzung für eine kompetente Meinungsbildung des Volkes und muss wiederhergestellt werden. Dafür ist das bundesrepublikanische Grundgesetz jedoch eine vollkommen ausreichende Grundlage.

Volksinitiative »Sofort zurück zur Demokratie«

Genauso wenig, wie diese Regierung je die Erforschung der SARS-CoV-2-Epidemie und die Untersuchung der »Corona-Toten« durch Obduktionen vorangetrieben hat, hat sie ein Interesse an einer sicheren und funktionierenden Impfung. Deren Einführung wird – sollte sie jemals zur Verfügung stehen – von der Regierung verhindert bzw. auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden. Denn sie haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des **Klimas der Angst**, das die Grundlage der massenhaften Verweigerung einer vernünftigen sachbezogenen Einschätzung der Gefahr von SARS-CoV-2 bildet. *Angst essen Seele auf* hat nicht von ungefähr Professor Püschel als Schlagwort in die Diskussion geworfen. Seine weltweit ersten vollständigen Obduktionen haben sofort zu brauchbaren Therapieempfehlungen geführt. Die Verhinderung der Obduktionen durch das RKI haben insofern Todesopfer gefordert, genauso wie der Lockdown selbst. Sie gehen also über Leichen. Eine Möglichkeit die **öffentliche Diskussion zu erzwingen**, ist die in allen Bundesländern gemäß Landesverfassung bestehende Institution einer sogenannten **Volksinitiative**. Sie ermöglicht nach entsprechender Unterschriftensammlung die Erzwingung einer parlamentarischen Diskussion in den Länderparlamenten.

Volksinitiative **»Sofort zurück zur Demokratie«**

Wir fordern die sofortige Aufhebung aller Pandemieregelungen in Mecklenburg-Vorpommern und damit die sofortige Rückkehr zur Demokratie!

Wir fordern den skandinavischen Weg des Umgangs mit der Krankheit ohne Maskenpflicht und ohne Einschränkungen der Bürgerechte.

Wir fordern offene Diskussionen in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen mit kritischen Wissenschaftlern und Bürgern

Wir brauchen 15.000 Unterschriften von Bürgern aus Mecklenburg-Vorpommern. Nähere Infos zu unserem Antrag auf eine Diskussion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und die Unterschriftenlisten zum Ausdrucken unter

www.volksinitiative-demokratie.de

Nutzen Sie auch in ihrem Bundesland eine Volksinitiative¹, um eine direkte Bürgerbeteiligung zu erreichen!

Volksinitiative **Demokratie**

¹ In anderen Bundesländern u.U. unter anderer Bezeichnung (z.B. »Volksbegehren«)